

Sitzungsniederschrift

25. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Hotel "Alte Schmiede", Esenser Str. 295, 26607 Aurich		
Sitzungsdatum: 17.12.2020	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:54 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Sell, Erwin	SPD	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Bargmann, Bodo	CDU	
Beekhuis, Jochen	AKSBG	
Behrends, Kuno	SPD	
Behrens, Sven	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU
Bienhoff-Topp, Ida		
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	BWM	Gruppenvorsitzende BWM
Busker, Hinrich	SPD	
Constant, Franz	AKSBG	Gruppenvorsitzender AKSBG
Feldmann, Julia	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Gerdas, Hilko	CDU	Stv. Landrat
Gossel, Arnold	CDU	

Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Looden, Holger	AfD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Meinen, Olaf		Landrat
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM	
Moroni, Hayo F.	FW	Anwesend bis 17:13 Uhr bis TOP 6
Odens, Roelf	CDU	
Pickel, Sascha	SPD	
Reinders, Hermann	CDU	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Röben, Hinrich	SPD	
Roß, Helmut	AKSBG	
Siebels, Wiard	SPD	
Sikken, Wolfgang	CDU	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	Gruppenvorsitzender FW/Feldmann/Trei
Tammen, Harald	CDU	
Terfehr, Hans	SPD	Anwesend bis 17:13 Uhr bis TOP 6
Tjaden, Hinrich	CDU	
Trei, Hilko	Feldmann/Trei	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Ubben, Hilde	AKSBG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Wirsik, Petra	BWM	

Verwaltung

Ahten, Eiko	Baudezernent
-------------	--------------

Eppmann, Claus	
----------------	--

Gesang, Astrid, Dr.	
---------------------	--

Habicht, Vera	
---------------	--

Kleen, Holger	
---------------	--

Müller-Gummels, Rainer	
------------------------	--

Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
--------------------	-----------------

Saathoff, Irene	
-----------------	--

Wessels, Laura	Protokollführerin
----------------	-------------------

Nicht anwesend:

Mitglieder

Erdmann, Erwin	CDU	
----------------	-----	--

Feldmann, Rainer	Feldmann/Trei	Gruppenvorsitzender Feldmann/Trei
------------------	---------------	-----------------------------------

Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
--------------	-----	----------------

Harms, Erich	SPD	
--------------	-----	--

Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
---------------------------	-------	--

Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.
-----------------	------------	---------------------------------

Trauernicht, Hinrich	SPD	
----------------------	-----	--

Wienbecker, Johann	AKSBG	
--------------------	-------	--

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der öffentlichen Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 09.12.2020 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Standortentwicklungskonzept der Klinikstandorte Aurich-Norden-Emden
Vorlage: IX/2020/237 |
| 7. | Änderungen des Konsortialvertrags zum Projekt Zentralklinikum
Vorlage: IX/2020/235/1 |

8.	Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich Vorlage: IX/2020/230
9.	Entlastung des Landrates und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: IX/2020/231
10.	Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes Vorlage: IX/2020/232
11.	Wirtschafts- und Stellenplan 2021 des Eigenbetriebes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich" Vorlage: IX/2020/234
12.	Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung - des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2019 Vorlage: IX/2020/239
13.	Bericht des Landrates
13.1.	Aktuelle Corona-Entwicklung
13.2.	Kindertagespflegesatzung
14.	Einwohnerfragestunde
15.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
16.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell eröffnete um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Zudem wies er darauf hin, dass die Maskenpflicht während der Sitzung einzuhalten sei.

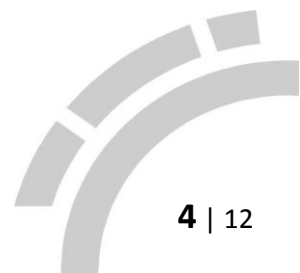
TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Sell stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Sell teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 abgesetzt werde, da die Niederschrift noch nicht fertiggestellt werden konnte.

Abg. Moroni beantragte, den Tagesordnungspunkt 7 "Änderungen des Konsortialvertrages zum Projekt Zentralklinikum" abzusetzen. Die am 14.12.2020 an die Kreistagsabgeordneten zugestellte Synopse, die die Neuregelungen zum Konsortialvertrag beinhalte, sei unvollständig bzw. die getroffenen Veränderungen seien nicht nachvollziehbar einzusehen und deshalb nicht prüfbar.



Hierüber ließ **Vorsitzender Sell** abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann erfolgte die Abstimmung über die vorgelegte und durch die Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 veränderte Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

Die Tagesordnung wird in der veränderten Form festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 09.12.2020**

Die Genehmigung der Niederschrift – öffentlicher Teil – wurde abgesetzt (siehe TOP 3).

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 6 **Standortentwicklungskonzept der Klinikstandorte Aurich-Norden-Emden**
Vorlage: IX/2020/237

Geschäftsführerin der Trägergesellschaft Dr. Gesang stellte das Standortentwicklungskonzept der Klinikstandorte Aurich-Norden-Emden mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor, die den Kreistagsabgeordneten im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt wurde.

Abg. Gerdes äußerte, dass das vorgestellte Konzept so selbsterklärend sei, dass Einzelheiten nicht weiter thematisiert werden müssten. Man sei auf einem guten gemeinsamen Weg zur Errichtung des Zentralklinikums und habe erkannt, dass man auf getrennten Wegen mit den Krankenhäusern an den drei Standorten nicht weiter verfahren könne. Zudem verdeutlichte er, dass mit der bestehenden Vorgehensweise die Qualität der medizinischen Angebote nicht aufrechterhalten werden könne. Grund hierfür, seien z.B. fehlende Ärzte und die mangelnde Attraktivität einiger Abteilungen. Laut **Abg. Gerdes** könnten durch den Abbau von Doppelstrukturen und die Konzentration auf die jeweiligen Standorte die Probleme zumindest abgemildert werden. Zudem sei eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Ergebnisse zu erwarten. Er wies

darauf hin, dass mit Protesten gegen eine Veränderung zu rechnen sei und verwies hierbei auf die Diskussion rund um die abgängige Geburtenstation in der Stadt Emden. Hierzu wendete **Abg. Gerdes** ein, dass Eifersucht zwischen den Standorten nicht den Veränderungen im Wege stehen sollte. Abschließend betonte er bezüglich den Kritikern des vorgelegten Konzeptes, dass dies nicht nachvollziehbar sei. Die schon lange geforderten Veränderungen würden nun geplant werden und dies werde erneut stark kritisiert.

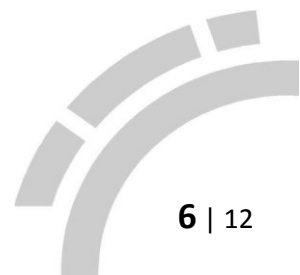
Abg. Strömer erklärte, dass seine Wählergruppe schon früher den Zusammenschluss der Kliniken gefordert habe und es schon seit 2005 erhebliche finanzielle Verluste an den Standorten gebe. Seit 2011 seien es etwa 100 Mio. Euro. Die Zentralklinik und somit auch das vorliegende Konzept seien der richtige Weg. Daneben ergänzte er, dass eine Konzentration der Fachrichtungen wichtig für eine qualifizierte Versorgung der Patienten sei.

Abg. J. Kleen erläuterte, dass mit dem Standortentwicklungskonzept die Zukunft der Kliniken für die nächsten Jahre beschlossen werde. Zudem betonte er, dass die Mitarbeiter der Kliniken durch das Konzept eine Planungs- und Standortsicherung erhalten würden. Er sprach sich für einen Gleichschritt mit dem Emden Stadtrat und somit für das vorgelegte Konzept aus.

Abg. Altmann erklärte, dass sie dem Standortentwicklungskonzept positive Aspekte wie die Zentralisierung der Ausbildungsstätten und die Aufteilung der Fachrichtungen abgewinnen könne. Sie habe schon immer die Schwerpunktbildung mit verschiedenen Zielrichtungen gefordert. Zudem sei die Forderung nach einer zentralen Leitung eingearbeitet worden. Weiter betonte sie, dass die Situation der betroffenen Patienten jedoch vernachlässigt werde. Eine Grund- und Regelversorgung solle an allen drei Standorten erhalten bleiben. Sie sehe die Aufteilung der Fachrichtungen kritisch, vor allem im Hinblick auf die Gynäkologie. Hierzu erläuterte sie, dass die Kliniken nicht als Wirtschaftsunternehmen zu betrachten seien, da die Patienten im Vordergrund stünden. Außerdem sei das Problem der Erreichbarkeit nicht abschließend geklärt. Dies sei besonders ein Problem, wenn kein PKW zur Verfügung stehe.

Abg. Warmulla merkte an, dass der drohende Verlust der Ausbildungserlaubnis der Ärzte und zu kleine Fachbereiche immer schon Argumente für die Zentralklinik gewesen wären. Das Konzept sollte sich auf eine dauerhafte positive Entwicklung konzentrieren, jedoch erfolge nun eine Zerschlagung der Standorte. Er sehe Lücken im Konzept, wie z.B. die Erreichbarkeit, die aufgrund eines fehlenden Nahverkehrskonzepts nicht gegeben sei. Weiter sei die Notfallversorgung nicht ausreichend geplant. Die Verteilung der Fachabteilungen an die Standorte sei nicht sinnvoll. Dies zeige auch die Schließung der Geburtenstation in Emden. Laut **Abg. Warmulla** sei das vorliegende Standortentwicklungskonzept keine Option, der man zustimmen könne.

Abg. Constant erläuterte, dass man sich die bisherigen Doppelstrukturen nicht mehr leisten könne. Das Standortentwicklungskonzept sei ein Schritt in die richtige Richtung. Dabei betonte er, dass bis zur Fertigstellung des Zentralklinikums die bestehenden Standorte nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Mitarbeiter seien das Aushängeschild der Krankenhäuser und erhalten durch den Beschluss und das vorgestellte Konzept eine Zukunftssicherung. Dies verhindere eine Abwanderung von Fachkräften. Im Gegensatz dazu wurde die Erreichbarkeit für die Patienten und die Schließung der Geburtenstation in der Stadt Emden von **Abg. Constant** kritisiert. Deshalb sei ein Vor-



schlag seiner Gruppe, für dringende Fälle ein Geburtshaus in Emden zu errichten. Im Weiteren sei die wirtschaftliche Entwicklung nicht im Konzept erkennbar. Grundsätzlich begrüßte er das Standortentwicklungskonzept, jedoch sei die Eile nicht angemessen und weitere Daten müssten vorgestellt werden.

Abg. Bracklo erläuterte, dass einige Förderanträge nicht gestellt wurden und dadurch viel Zeit verloren gegangen sei. Sie bemängelte, dass das Versorgungskonzept nicht beachte, was passiere, wenn Förderungsgelder nicht genehmigt werden würden und hinterfragte, ob die bestehenden Standorte dann ausreichend aufgestellt seien. Ferner seien Entscheidungen im Hinblick auf die Zentralklinik getroffen worden ohne dem Vorliegen von ausreichenden Informationen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Das vorgestellte Standortentwicklungskonzept wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 11 Enthaltungen: 8
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 7 Änderungen des Konsortialvertrags zum Projekt Zentralklinikum
Vorlage: IX/2020/235/1

Landrat Meinen bedankte sich für das eindeutige Votum zum Standortentwicklungskonzept und somit auch für die Zentralklinik. Dadurch bestehe eine Planungssicherheit bis zur Einweihung des Zentralklinikums. Er teilte zudem mit, dass der Emdener Stadtrat am 16.12.2020 beschlossen habe, die Gremienneubildung (§§ 8,9 des Konsortialvertrages) vorerst aus dem Beschluss zu streichen und im Frühjahr 2021 diesbezüglich weiter zu planen. Somit stehe die Gremienneubildung für die heutige Kreistagssitzung nicht zur Abstimmung. Dementsprechend seien bei dem Beschlussvorschlag die Sätze 2 und 3 zu streichen.

Abg. Gerdes erklärte, dass bei einer anfangs angenommenen Investitionssumme von 250 Mio. Euro heute mit einer Investitionssumme von über 400 Mio. Euro gerechnet werde. Ausschlaggebend seien dafür die Verzögerungen durch den Bürgerentscheid und die Entwicklung des Bauwesens. Des Weiteren werde die Förderung des Landes Niedersachsen fest eingeplant, sodass die Wirtschaftlichkeitsberechnung ein positives Ergebnis erziele. Dies sei wichtig, da bei einer fünfprozentigen Überschreitung der Investitionssumme laut dem vorliegenden Konsortialvertrag eine Neubetrachtung der Entwicklung der Zentralklinik erfolgen solle. Er kritisierte, dass in der Presse die Aufteilung der Kosten zwischen dem Landkreis Aurich und der Stadt Emden oft falsch dargestellt werde. **Abg. Gerdes** erklärte, dass bei einer Aufteilung der Kosten von 50:50 ausschließlich von einer Aufteilung der Verluste der Trägergesellschaften die Rede sei. Zudem seien die benötigten Kredite für die Zentralklinik von der Klinikgesellschaft selbst aufzunehmen. Die Kommunen würden nur eventuelle Bürgschaften übernehmen. Ferner erläuterte er, dass die zukünftige Aufteilung der Verluste der

drei bestehenden Krankenhäuser in einem Verhältnis von 70/30 zwischen dem Landkreis Aurich und der Stadt Emden erfolgen werde. Dieses Verhältnis sei gerecht und benachteilige oder bevorteile keinen der Partner. Die finanziellen Regelungen des neuen Konsortialvertrages gelten grundsätzlich nur bis zur Inbetriebnahme der Zentralklinik. **Abg. Gerdes** erklärte zuletzt, dass ein gewisses Restrisiko immer bestehe und negative Ergebnisse nicht ganz ausgeschlossen werden könnten.

Abg. J. Kleen teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Konsortialvertrag zustimmen werde. Weiter führte er aus, dass eine Professionalisierung des zukünftigen Aufsichtsrates bevorzugt werde.

Abg. Altmann betonte, dass der Vertrag zu bedeutend für die Eile sei. Es habe keine Diskussion und Fragenklärung im Krankenhaus- und Heimausschuss am 14.12.2020 gegeben. Fragen seien nachträglich beantwortet und Dokumente mit Änderungen seien kurzfristig zugesandt worden. **Abg. Altmann** merkte an, dass bei der Besetzung des Aufsichtsrates die Frauenquote nicht berücksichtigt werde. Die Frauenquote solle mindestens 30 % beim neuen Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung betragen. Sie schlug vor, den Beschluss bezüglich der Aufsichtsratszusammensetzung im Hinblick auf die Kommunalwahl 2021 bis zum 30.06.2021 zu vertagen. Weiter seien keine Aussagen zu den Kosten oder geplanten Förderungen im vorliegenden Konsortialvertrag enthalten. Der Vertrag sei lückenhaft und werfe Fragen auf.

Vorsitzender Sell erinnerte die Abgeordneten an die corona-bedingt begrenzte Sitzungszeit und appellierte an die Einhaltung der Redezeiten.

Abg. Warmulla erläuterte, dass die ausführliche Prüfung der Wirtschaftlichkeit in Bezug auf die Zentralklinik nicht erfolgt sei. Die bestehenden Standorte würden zudem nicht ausreichend instandgehalten. Er sehe die Verabschiedung des vorliegenden Vertrages als unverantwortlich.

Abg. Constant teilte mit, dass die AKSGB gegen den Vertrag stimmen werde. Ferner erklärte er, dass der aktuelle Zeitdruck in den Sitzungen nicht richtig sei und somit keine vernünftige Diskussion erfolgen könne. Zudem seien nicht ausreichend Unterlagen vorhanden. Es sei bedenklich, dass vorab beim Bürgerentscheid von einer Investitionssumme von 250 Mio. Euro gesprochen wurde und die Investitionssumme jetzt erheblich gestiegen sei.

Abg. Strömer erklärte, dass seine Gruppe den Konsortialvertrag ablehnen werde. Änderungen seien zu kurzfristig zur Verfügung gestellt worden. Außerdem sei die Eile nicht nachvollziehbar. Er fragte, was mit dem Verhältnis der Verlustquote passiere, wenn ein Standort einen verhältnismäßig hohen Verlust zu verzeichnen hätte. Ein Vorschlag sei es, eine Schuldenbremse in den Vertrag einzubauen. Diese würde nicht nur den Aufsichtsrat entlasten, sondern diesem zudem Grenzen setzen. **Abg. Strömer** ergänzte zudem, dass im geplanten Aufsichtsrat eine Pattsituation aufgrund der zwölf Mitglieder möglich sei.

Landrat Meinen erklärte, dass der Beschluss zum Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung, wie bereits erläutert, verschoben wurde. Weiter seien die Unterlagen seit längerer Zeit online bei Sessionet einzusehen. Der Auricher Kreistag und der Emdener Stadtrat würden zukünftig immer wieder bei der Entscheidungsfindung in Bezug auf Angelegenheiten zur Zentralklinik einbezogen.



Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die aus der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage ersichtlichen Änderungen des Konsortialvertrages zum Projekt Zentralklinikum. Ausgenommen sind die §§ 8 Aufsichtsrat und 9 Gesellschafterversammlung. Der Beschluss hierzu wird bis zu einer gemeinsamen Entscheidung des Landkreises Aurich und der Stadt Emden vertagt. Der Landkreis Aurich weist die Vertreter des Landkreises Aurich in der Gesellschafterversammlung der Trägerschaft Zentralklinikum Aurich-Emden-Norden mbH an, der Anpassung des Konsortialvertrages wie aus der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage ersichtlich, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 17 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8 **Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich**
Vorlage: IX/2020/230

Beschlussvorschlag:

Die vom Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2019 erstellte Bilanz schließt auf der Aktivseite und der Passivseite mit *7.494.156,29 Euro ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von *201.543,44 Euro ab.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9 **Entlastung des Landrates und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: IX/2020/231

Beschlussvorschlag:

Dem Landrat und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienstes des Landkreises Aurich wird für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes**
Vorlage: IX/2020/232

Beschlussvorschlag:

Den Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2019 in Höhe von *201.543,44 Euro wird nach Abzug der Verzinsung des Eigenkapitals des Landkreises Aurich in Höhe von € *16.361,34 (4% des festgesetzten Kapitals in Höhe von € *409.033,50) auf das Geschäftsjahr 2020 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Wirtschafts- und Stellenplan 2021 des Eigenbetriebes "Rettungs-**
dienst des Landkreises Aurich"
Vorlage: IX/2020/234

Beschlussvorschlag:

Den Wirtschaftsplan 2021 des Rettungsdienstes Landkreis Aurich Eigenbetrieb wird im Rahmen der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen und der Stellenplan wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 **Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung - des**
Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jah-
resabschluss 2019
Vorlage: IX/2020/239

Beschlussvorschlag:

Die Bilanz der Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich zum 31.12.2019 wurde abgeschlossen in Aktiva und Passiva mit 21.873.872,69 € und für die „Frerich-Arends-Stiftung“ mit 769.153,59 €.

Das Jahresergebnis 2019 ist insgesamt ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2
➡ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 13 Bericht des Landrates

TOP 13.1 Aktuelle Corona-Entwicklung

Landrat Meinen stellte die aktuellen Coronazahlen vor und berichtete, dass die Impfzentren zur Verfügung stehen. Die Lieferung der Impfstoffe werde jedoch 2020 nicht mehr erwartet. Am 18.12.2020 finde eine Videokonferenz mit den Bürgermeistern der Inseln statt, in der die Zweitwohnungen und das Impfen auf den Inseln thematisiert werden sollen. **Landrat Meinen** wünschte allen Anwesenden und deren Familien schöne besinnliche Weihnachten.

TOP 13.2 Kindertagespflegesatzung

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtete, dass viele erboste Elternbriefe und E-Mails infolge der im Oktober 2020 beschlossenen Änderung der Kindertagespflegesatzung eingegangen seien. Die Beschwerden würden deutlich machen, dass Nachjustierungen erfolgen müssten. Bei der bisherigen Berechnung des Beitrages hätten sich viele Eltern in die höchste Stufe einordnen lassen, um ihr Einkommen nicht offenlegen zu müssen. Nach Änderung der Kindertagespflegesatzung seien die Stufenzuordnungen automatisch übertragen und anhand dessen der Beitrag neu berechnet worden. Eine erneute Abfrage der Eltern erfolgte nicht. Die Überprüfung bzw. Änderungen der Satzung werde Thema in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung sein.

TOP 14 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger brachte vor, dass sich einige Eltern die neuen Gebühren der Satzung zur Kindertagespflege nicht mehr leisten könnten. Weiter fragte er an, ob die Satzung vor Inkrafttreten angepasst werde.

Daraufhin antwortete **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, dass die Satzung am 01.01.2021 Inkrafttreten werde. Eine vorherige Anpassung sei zeitlich nicht mehr möglich. Sofern nachträglich Änderungen getroffen werden sollten, könnten die Beiträge rückwirkend gelten und Erstattungen geleistet werden.

TOP 15 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Abg. Bracklo forderte mehr Transparenz der Kreisverwaltung. Die Sitzungen würden zu schnell durchgezogen werden. Zudem fühle sie sich zu wenig bzw. nicht informiert.

Abg. Warmulla kritisierte, dass die Erhöhung der Beiträge für Kindertagespflege unglücklich gelaufen sei. Die betroffenen Eltern hätten keine Informationen oder ein Erklärungsschreiben erhalten.



Hierzu erklärte **Abg. Constant**, dass die Problematik um die betroffene Satzung im nächsten Sozialausschuss zur Diskussion gestellt werde.

Abg. Behrends gab an, dass es Klärungsbedarf hinsichtlich der Änderung der Beiträge der Kindertagespflegesatzung gebe. Er biete eine Gesprächsrunde für die Betroffenen an. Zudem sicherte er als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, dass dies in der nächsten Sitzung aufgenommen werde.

Abg. Altmann fragte an, warum keine Reisebusse bei der Schülerbeförderung eingesetzt werden. Dies werde vom Land Niedersachsen gefördert.

Vorsitzender Sell erklärte dies werde schriftlich dem Protokoll beigelegt.

(Hinweis: Stellungnahme des Schulamtes

Es sind bislang keine Reisebusse im Einsatz, es gibt aber seit September einen wachsenden Einsatz von Linienbussen als sog. Verstärker (Teillinien werden von mehreren Bussen gefahren). Es werden mittlerweile 23 Linienbusse auf Verstärkerfahrten eingesetzt, damit wurde der dem Schulamt gemeldete Bedarf bedient. Reisebusse würden dann angefragt werden, wenn keine Linienbusse mehr zur Verfügung stehen sollten. Siehe auch: Aktuelles - Landkreis Aurich (landkreis-aurich.de)

Der Bedarf wird aktuell so ermittelt, dass regelmäßig Anfragen bei den Busunternehmen vorgenommen werden, ob die Kapazitäten in Teilabschnitten ergänzt werden müssen. Zudem reagiert man auf Beschwerden/ Anregungen der Bevölkerung und überprüft diese Angaben. Ferner wird der Kontakt zu den Schulen gehalten, um sich dort abzeichnende Probleme gemeldet zu bekommen.

Die Mehrkosten werden aktuell aus den von Land zur Verfügung gestellten Mitteln für den ÖPNV beglichen.)

TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell schloss um 17:48 Uhr die öffentliche Sitzung.

Meinen

Sell

Wessels

Landrat

Vorsitzender

Protokollführerin